

FABRIKBESETZUNGEN IN ARGENTINIEN

Zwischen Überlebensstrategie und Ideologie

Einige Tage vor Weihnachten des Jahres 2001, genauer gesagt am 19. und 20. Dezember, schaute die Weltöffentlichkeit nach Süden, nach Argentinien. Der so genannte »Argentinazo« (1) weckte die Hoffnung vieler, die lange auf eine Reaktion der Unterdrückten gewartet hatten. Es gab unzählige Informationen über neue Formen sozialer Bewegungen, die sich über Jahre entwickelt hatten: Volksversammlungen, Tauschringe und vor allem ein Novum: die besetzten Fabriken.

Von Viviana Ujona ● Aus Deutschland wurde besonderes Interesse an diesen Entwicklungen signalisiert, auch mit dem Hintergedanken, ob solche Formen sozialer Bewegung hierzulande machbar wären. Um diese Frage beantworten zu können, ist es sinnvoll, die Ursprünge der Bewegungen am Beispiel Argentiniens näher zu beleuchten.

Rahmenbedingung der Fabrikbesetzungen

Selbstverständlich hat jede Fabrik ihre eigene Entstehungsgeschichte und ihre eigene Entwicklung. Trotzdem ist es möglich, einen allgemeinen Rahmen zu beschreiben und auf zwei wesentliche Elemente zusammen zu fassen.

Das erste grundsätzliche Element war die zusammengebrochene traditionelle Organisation der Arbeiterbewegung. Dieser Zustand, der nicht neu ist, sondern sich über Jahre entwickelt hat, wird von einer gewerkschaftlichen Elite gestützt, die nur in ihrer Bürokratie überlebt und gekennzeichnet ist von unzähligen Korruptionsskandalen. Die Rolle der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter gegenüber dem Kapital und dem Staat erreichte ihren Tiefpunkt Mitte der 1980er Jahre in Verbindung mit der neoliberalen Politik der Regierung Menem.

Das zweite Element: Die wirtschaftliche Krise, die das Land langsam aber sicher bedrohte, betraf nicht mehr nur die strukturell Armen, sondern die gesamte Bevölkerung, von der Mittelschicht abwärts. In diesen Zeiten entstand das Gefühl der Unsicherheit und bei vielen der Eindruck, nur einen Schritt von der Armut und der damit verbundenen Exklusion entfernt zu sein. Heute und damals lebt ein großer Teil der Gesellschaft in Arbeitslosigkeit und Armut. In einem Kontext der Armut, der Unsicherheit und der Unrechtmäßigkeit, die die neoliberale Politik während der zehn Jahre Menem mit sich brachte, wurde der alte und tiefe Zwiespalt zwischen *pays réel* und *pays légal* in allen Instanzen spürbar. Insgesamt gesehen, entwickelte sich eine soziale Gesetzlosigkeit, aber auch politische Illegitimität. In dieser Situation konnten sich illegale aber legitime Fabrikbesetzungen ereignen. Diese waren nicht durch Ideologien wie den Kommunismus motiviert, sondern geschahen als eine Folge der schlichten Bedürftigkeit, der einfachen Angst vor Armut.

»Besetzen, Resistieren, Produzieren«

Anfänglich trugen die Fabriken das erläuternde Adjektiv »besetzt«. Mit der Zeit entwickelte sich diese Bezeichnung zu »wiedergewonnenen« oder zu »zurückgewonnenen« Fabriken. Diego Kravetz, Rechtsanwalt und Abgeordneter des Landesparlaments der autonomen Stadt Buenos Aires, definierte in unserem Gespräch im Januar 2005 die wiedergewonnenen Fabriken als »einen Betrieb, der einen Chef hatte und jetzt nicht mehr hat und der durch seine Arbeiter geführt wird«. Hier wird ein weiteres Merkmal dieser Fabriken angesprochen. Sie sind nicht aus ideologischen Gründen besetzt worden, sondern aus Notwendigkeit: Viele Besitzer verließen ihre Fabriken, die Arbeiter blieben. Aus Angst, weil sie nichts anderes hatten, verharren die Arbeiter an dem Platz, der oft schon seit Jahren ihre Arbeitsstelle war und wo sie sich letztendlich

auskannten. Viele dieser Fabrikübernahmen durch die Belegschaft wurden von harten Auseinandersetzungen mit der Polizei begleitet. In anderen Fällen wurden die Fabriken verstaatlicht und die Beschäftigten entlassen. Diese Betriebe gehörten dann manchmal zu denen, die aus praktischen Gründen die Form einer Kooperative annahm. Heute sind nach unterschiedlichen Angaben zwischen 170 und 180 Firmen »wiedergewonnen«, das heißt von ihren Arbeitern selbst verwaltet. Obwohl in der



Besetzte Keramikfabrik Zanon

Quelle: www.obrerosdezanon.org

Regel hier die Rede von kleinen Firmen ist, die bis zu 100 Arbeiter besetzen, finden wir als Ausnahmen auch größere Betriebe mit bis zu 450 Arbeitern. Es sind Firmen aus verschiedenen Branchen: Textil, Druckerei, Metallindustrie, Nahrungsmittel etc. Sie waren früher ein Teil des normalen Marktes und versuchen heute, weiterhin zu bestehen.

Die Geschichte der »wiedergewonnenen Fabriken«

Die Geschichte der wiedergewonnenen Fabriken (auf Spanisch: »Empresas Recuperadas«) begann mit vier Unternehmen aus verschiedenen Sektoren Mitte der 1990er Jahre. Mit der Krise von 2001 machten mehrere Unternehmen bankrott, was dazu führte, dass eine »Bewegung der wiedergewonnenen Fabriken« (MNER auf Spanisch: »Movimiento Nacional de Empresa Recuperadas«) ins Leben gerufen wurde. Jede wiedergewonnene Fabrik ernannte per Mitarbeiterversammlung zwei Personen, die an den Treffen der MNER teilnehmen durften. Von dort aus wurden die politischen Leitlinien der Bewegung entschieden, zunächst für die Provinz und die Stadt, später für die Nation. Auf diese Weise konnte man zunächst Informationen und Erfahrungen austauschen und Kräfte sammeln, um der Marginalität zu entkommen. In der schlechten wirtschaftlichen Situation der 1990er Jahre breitete sich die strukturelle Arbeitslosigkeit auf weite Teile der Bevölkerung aus. Wer aus einer Fabrik entlassen wurde, bekam nur schwer eine neue Arbeitsstelle. Es gab kaum Möglichkeiten, woanders anzufangen. Gleichzeitig verschwanden manche Berufe ganz. Heute verdient zum Beispiel ein Dreher sehr gut, weil kaum einer zu finden ist. Aber es werden auch kaum noch Dreher gebraucht.

Zu dieser Situation kam bei der Schließung der Fabri-

ken oder Firmen noch dazu, dass die Arbeiter Monate, manchmal sogar Jahre keinen oder kaum Lohn mehr bekamen, sowie auch keine Rente und bei der Entlassung keine Entschädigung. In Bezug auf diesen Zustand sagte Kravetz, dass es »nie eine Utopie der Arbeiter war, durch eine Revolution die Fabriken zu übernehmen, sondern eine Überlebensstrategie«. Diese Aussage ist auch häufig von den involvierten Arbeitern zu hören. Sie versuchen, von jeder Art ideologischer Richtung Abstand zu neh-

men ab, was mit diesem Betrieb passiert. Diese Betriebe brauchen nun keine übergeordnete Organisation wie die MNER mehr. Trotzdem hat die Existenz der MNER Vorteile, einerseits für die Betriebe, die noch neu dazu kommen, andererseits, um die Zahlungsraten mit mehr Unterstützung oder durch bessere Lobbyarbeit verhandeln zu können.

Die Veränderungen sind für die Arbeiter ein unumstritten schwieriger Prozess, den man in drei Schritte teilen kann. In der Phase vor dem Bankrott kommt der Vollstrecker und schließt den Betrieb. Das heißt, die Maschinen bleiben drin, die Arbeiter bleiben draußen. Die erste Schwierigkeit, vor der Arbeiter stehen, besteht darin, gerade dies zu vermeiden. Dieser erste Schritt war in der Vergangenheit oft vom Wohlwollen der Gesellschaft begleitet. Das half, dass man sich später über die wiedergewonnenen Fabriken einigen konnte. Der zweite Schritt ist ein juristischer Schritt, um legal in der Fabrik bleiben zu können. Der dritte Schritt war im Jahre 2004 eine politische Handlung, um die Situation durch Gesetze zu konsolidieren. Zurzeit versuchen die verschiedenen Interessensgruppen, das Gesetz landesweit zu implementieren, da es sich bis jetzt auf den Großraum Buenos Aires beschränkt, wo weniger Fabriken zu finden sind. Vielleicht war das der Grund dafür, dass es dort einfacher war, das Gesetz durchzusetzen.

Ein Schritt in Richtung Alternative

In der Anfangsphase profitierten die besetzten Fabriken in Argentinien von einer günstigen öffentlichen Atmosphäre, die neue Widerstandsmethoden gut hieß. Eine wiedergewonnene Fabrik war der Gesellschaft sympathisch. Es entwickelte sich die Annahme, dass jemand, der für Arbeit kämpft, nicht schlecht sein könne. Die Ereignisse von 2001 brachten eine soziale Einstellung in der Gesellschaft zutage, die manche Kampfprozesse mit Verständnis begleitete. Die größte Schwierigkeit, vor der die Arbeiter heute immer noch stehen, ist die, das Verständnis der nicht direkt Betroffenen zu gewinnen. Sobald allerdings klar gemacht wird, dass für die Erhaltung der Arbeitsplätze gekämpft wird, verhalten sich die meisten gegenüber den Fabrikbesetzern solidarisch. Eine weitere Schwierigkeit ist es, den Betrieb am Laufen zu halten, um sich auf dem Markt zu behaupten. Allerdings versuchen die Arbeiter, sich nicht nur auf ihre eigene Arbeit zu konzentrieren, sondern weiter die Zusammenarbeit mit den anderen Betroffenen zu suchen, um selbst nicht einer Ausbeutungssituation zu verfallen und um dadurch zu ver-



Demonstration im Februar 2006 in Buenos Aires

Quelle: www.obrerosdezanon.org

ne für alle Mitglieder etwa keine Ideologie? Selbstverständlich ist es das. Dieses Modell ist eine sehr deutliche und starke Reaktion gegen das System, mit dem bewiesen wird, dass es möglich ist, ohne Ausbeutung eine Fabrik zu retten, und sogar Gewinne zu erwirtschaften.

Ein Schritt in Richtung Legalität

Die Verabschiedung des Gesetzes am 25. November 2004 für die Verstaatlichung und dann die Freigabe der Unternehmen an deren Arbeiter war ein wichtiger Schritt für die zukünftigen Kämpfe der Arbeiterschaft. Jetzt sieht die Situation so aus, dass der Staat alle Maschinen von den Firmen, die Bankrott angemeldet haben, enteignet und sie kostenlos den Arbeitern abtrifft. Die Grundstücke oder Immobilien werden den Arbeitern gegeben und mit einer Hypothek belastet, die erst nach dem dritten Jahr und bis in 20 Jahren abbezahlt werden muss. Das bedeutet völlige Autonomie für die Arbeiter. Jetzt hängt es allein von ih-

meiden, wieder zum kapitalistischen Kontext zu gehören.

Die wiedergewonnenen Fabriken stellen eine ökonomische Alternative mit vielen Vorteilen gegenüber den klassischen Ökonomieansätzen dar, die sich nicht nur innerhalb der Grenzen Argentiniens ausbreiten sollte. Ein Beispiel dafür sind die Versuchsmodelle in Venezuela. Vielleicht überqueren diese Ansätze bald den Ozean, so dass wir sie bald hier in Deutschland beobachten können – auch wenn im Moment noch ständig die Rede davon ist, dass es zum aktuellen Modell keine brauchbaren Alternativen gibt. Um Alternativen zu testen ist es nicht nötig, extreme Armut und Exklusion zu erleben, sondern es bedarf nur eines Mentalitätswechsels und der Bereitschaft, etwas auszuprobieren, das woanders schon funktioniert. ●

1) Die Endung -azo bezeichnet in Argentinien eine soziale Bewegung. Ein Beispiel dafür ist »Cordobazo« von 1968

FORTSETZUNG VON SEITE 10

ren und eigene Arbeit und eigenes Material einbringen«, sagt Augustine Mwaimu, der Leiter der kirchlichen Entwicklungsabteilung. Der Erfolg des gemeinsamen Engagements hat den Dörflern offenbar genug Selbstbewusstsein gegeben, um die Behörden an ihre Verantwortung zu erinnern: Von Mwaimus Mitarbeitenden ermutigt, haben sie sich mit dem nächsten Plan an die Distriktregierung gewandt. In einem zweiten Weiler soll ein Tank entstehen, um Wasser für die Tage zu speichern, an denen die Pumpe andere Ortsteile beliefert.

Die Kooperation mit den Behörden ist nicht schlecht, sagt Mwaimu: »Die Distriktregierung geht im Grunde auf Anfragen ein, es hängt aber davon ab, ob man dort jemand kennt.« Sein Programm hat nun begonnen, über die staatlichen Fonds für lokale Entwicklung aufzuklären. Die Gemeinden sollen fähig werden, die Verwendung des für sie vorgesehenen Geldes zu beeinflussen und zu kontrollieren, dass es nicht »verschwindet«. So steigt die Chance, dass Investitionen des Staates im Wassersektor wirklich den Armen helfen.

Wenn Kirchen oder NGOs Brunnen und Wasserleitungen finanzieren, besteht die Gefahr, die Regierung aus der Verantwortung zu entlassen. Aber Projekte können auch als Ansatzpunkt dafür genutzt werden, dass Gemeinden die Behörden zur Verantwortung ziehen. Ob dies geschieht, dürfte für den langfristigen Entwicklungserfolg am Ende entscheidender sein als die Zahl der gebohrten Brunnen. ●

Bernd Luderemann ist freier Journalist mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik. Der Bericht beruht auf einer von »Brot für die Welt« ausgerichteten Reise nach Kenia und Tansania im November 2005 und ist zuerst erschienen in »der überblick« 1/06; gekürzter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion. Über die Wasserkampagne von »Brot für die Welt« informiert die Homepage www.menschen-recht-wasser.de.